

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen...
Anzahlprocent - Anzahlprocent Nr. 23.

Veröffentlichungen: Die Anzeigen...
Anzahlprocent - Anzahlprocent Nr. 23.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 202

Sonntag, den 30. August 1925

20. Jahrgang

Die deutsche Antwortnote.

Am Montag Zusammentritt der Juristenkonferenz.

Berlin, 28. August. Die der französischen Regierung am 27. August überreichte Antwort der deutschen Regierung hat folgenden Wortlaut:
Die Deutsche Regierung beehrt sich den Empfang der französischen Note vom 24. August zu bestätigen. Die am Schluß der französischen Note ausgesprochene Ansicht, daß eine Fortsetzung des Notenwechsels kaum geeignet wäre, zu einer weiteren Klärung der mit dem Abschluß eines Sicherheitspaktes zusammenhängenden Fragen zu führen, wird von der Deutschen Regierung, die dem Wunsche nach möglicher Beschleunigung der Erörterungen in der Note vom 20. Juli auch ihrerseits Ausdruck gegeben hatte, durchaus geteilt. Die Deutsche Regierung begrüßt deshalb die von Seiner Exzellenz dem französischen Herrn Botschafter mündlich mitgeteilte Anregung, daß die juristischen Sachverständigen Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und Großbritanniens möglichst bald zusammenzutreffen, um dem deutschen Sachverständigen Gelegenheit zu geben, sich von den Ansichten der Alliierten Regierungen über die juristische und technische Seite der zur Erörterung stehenden Probleme zu unterrichten.

Unter diesen Umständen glaubt die Deutsche Regierung, nachdem sie ihren Standpunkt zu einer Reihe der wichtigsten Fragen in der Note vom 20. Juli dargelegt hat, von einer weiteren schriftlichen Erläuterung dieses Standpunktes und von einer Stellungnahme zu den Ausführungen der französischen Note jetzt absehen zu sollen.

London, 28. August. Der amtliche britische Kundendienst meldet: Die Verhandlungen zwischen den Rechtsfachverständigen der deutschen, belgischen, französischen und britischen Außenministerien werden am Montag in London beginnen. Die Länder werden wie folgt vertreten sein: Gaus-Deutschland, Kollin-Belgien, Fromageot-Frankreich und Sir Cecil Hurst-Großbritannien. Der Zweck der Zusammenkunft ist, den deutschen Sachverständigen von den Ansichten der Alliierten über die rechtliche und technische Seite der Probleme in Kenntnis zu setzen, die in dem vorgeschlagenen Sicherheitspaket enthalten sind. Hier herrscht allgemeine Befriedigung darüber, daß nunmehr die Verhandlungen durch Notenwechsel zwischen den in Frage kommenden Regierungen beendet sind, und man glaubt zuberichtlich, daß diese Zusammenkunft technischer Berater eine baldige Konferenz der Außenminister am runder Tisch zur Folge haben wird.

Außenpolitische Hemmungen.

Von Dr. K. A. S., M. D. R.

Vor wenigen Tagen schrieb Stresemann in den „Schleswiger Nachrichten“ den Satz: „es hat keinen Sinn, darüber zu jodeln, was unsere Gegner wollen. Notwendig ist nur, daß wir wissen, was wir selber anstreben“. Sehr richtig. Wer aber in den dann folgenden Ausführungen Stresemanns konkrete Ziel der Außenpolitik erwarten sollte, würde sich einer schweren Täuschung hingeben. Es folgt nur die Feststellung der Tatsache, daß wir nüchtern und kühl die Konsequenzen daraus ziehen müssen, daß wir den Weltkrieg verloren haben. Die Konsequenz aus dieser Tatsache haben andere bereits zu einer Zeit gezogen, als Herr Stresemann und seine Gefolgshand zu der darauf eingestellten Politik noch in schärfster Opposition standen. Es ist erfreulich, daß Stresemann sich selbst unumwunden zu dieser Politik bekennt, aber noch erfreulicher wäre es, wenn er nun endlich einmal klipp und klar sagen würde, „was wir selber anstreben“. Die Gelegenheit dazu ist jetzt durch die Antwortnote Briand gegeben. Wir fürchten, es wird auch jetzt noch Stresemann schwer werden, klar und ungeliebt den Weg aufzuweisen, den unsre Außenpolitik gehen soll, denn ganz abgesehen davon, daß ein solches Verfahren seiner ganzen Natur widerspricht, läßt die Haltung der Deutschnationalen jede außenpolitische Initiative. Die jüngsten Veröffentlichungen aus den internen Kreisen der Deutschnationalen lassen darüber keinen Zweifel, daß es ihnen unendlich schwer wird, einzugehen, daß eine Politik der Verständigung das allein Mögliche ist. Es dünnte einem ein tölpeliches Vergnügen bereiten, diese Schleiern und Geränge mit anzusehen, die jetzt von den deutschnationalen Führern aufgeführt werden, um ihre Anhänger für ihre außenpolitische Haltung im Unklaren zu lassen, wenn nicht als traurige Folge davon sich nun schon seit Monaten eine außenpolitische Unfruchtbarkeit ergäbe. Die Deutschnationalen wollen keine Verständigung über die Sicherheitsfragen und wollen keinen Eintritt in den Völkerbund, aber sie bleiben in einer Regierung, die seit Monaten über diese Fragen Noten mit Frankreich wechselt.

In Frankreich liegen die Dinge ähnlich. Auch dort hoffen die nationalistischen Heißhörnchen, daß der Sicherheitspakt scheitert und daß Deutschland dem Völkerbund fernbleibt. „Figaro“, „Temps“ und „Echo de Paris“ bläsen in dieser Beziehung mit vollem Bode in das gleiche Horn. Dabei geht die französische Politik dahin, die Verantwortung für das Scheitern vor der Welt auf Deutschland zu schieben, und zwar weniger aus innenpolitischen Rücksichten als im Hinblick auf Amerika. Neben den beiden großen Weltproblemen der Reparationen und des Sicherheitspaktes liegt ja gerade jetzt noch das dritte Problem des interalliierten Schuldenausgleichs ausgebrochen da. Amerika wünscht das Zustandekommen eines Sicherheitspaktes, das in der Richtung seiner Weltabrüstungspläne liegt und das ihm allein eine Regelung der französischen Schuldenträgerschaft zu ermöglichen scheint. Ein mit Deutschland durch einen Sicherheitspakt in etwäglichem Zustande lebendes Frankreich kann seine Schulden an Amerika und auch an England eher bezahlen, als ein in seiner Valuta und in seinem Etat durch übersteigerte unproduktive Rüstungsausgaben finanziell gerütteltes Frankreich.

England hat ein gleiches Interesse an einem Sicherheitspakt. Es kann die an Frankreich gelieferten Millionen nicht entschöpfen, es braucht für seinen Handel und seine Wirtschaft Ruhe in Europa, aber die britische Initiative ist gelähmt. England ist außenpolitisch stark abhängig von seinen Dominions, die aus naheliegenden Gründen ein allzu weitgehendes Festlegen des Mutterlandes in den europäischen Dingen nicht wünschen.

So scheiterte das „Genfer Protokoll“ am Widerstande der Außenländer des britischen Weltreiches, und am gleichen Widerstande mißte ein Sicherheitspakt scheitern, der die maritimen und militärischen Kräfte Englands allzustark in Europa engagieren würde.

Für eine auf Verständigung mit unseren Gegnern von gestern eingestellte deutsche Politik ergibt sich aus dieser Situation das Gebiet eigener Initiative. Der seit Februar andauernde Notenwechsel hat uns, wie auch die jetzt veröffentlichte letzte französische Antwort zeigt, nicht einen Schritt näher an praktische Ergebnisse herangebracht. Im Gegenteil. Ein deutscher Außenminister, der den Mut und den Willen aufbringt, ohne politische Akrobatik manieren eine klare, durchsichtige, auf Verständigung eingestellte Politik zu treiben, und mit einfachen Worten zu sagen, was er will, wird im Innern die von deutschnationaler Seite jetzt noch kommenden Hemmungen nicht zu scheuen brauchen, und wird nach außen England und Frankreich vor die Notwendigkeit stellen, sich ihrerseits zu klaren Entscheidungen bequemen zu müssen.

Wiederaufnahme der britisch-mexikanischen Beziehungen.

London, 28. August. Seit einiger Zeit sind Verhandlungen zwischen der britischen und der mexikanischen Regierung über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen beiden Ländern im Gange.

Oktoberwahlen im Memelland.

Konow, 28. August. Ministerpräsident Petrulis hat einem Vertreter der litauischen Telegraphen-Agentur erklärt, daß die Regierung beschlossen habe, die Wahlen zum memelländischen Landtag spätestens am 28. Oktober dieses Jahres stattfinden zu lassen, falls nicht etwa bereits zu einem früheren Zeitpunkt die Nachricht eingeht, daß sämtliche Statifikationen der Memellandkonvention in Paris hinterlegt seien.

Das diplomatische Korps in Peking zur China-Konferenz.

Peking, 28. August. Das diplomatische Korps hat sich über den Text einer Kollektivnote geeinigt, die als Antwort auf die Note der chinesischen Regierung vom 24. Juni abgefaßt werden soll. Die Note wird die Politik der Mächte bezüglich Chinas darlegen und deren Bereitwilligkeit erklären, das in Washington festgelegte Programm einer Konferenz, die am 28. Oktober in Peking zusammentreten soll, auszuführen sowie die Konstituierung einer Kommission zur Beratung der extraterritorialen Rechte zu genehmigen. Die Note wird, wie verlautet, ferner die chinesische Regierung an ihre Verantwortlichkeiten in Bezug auf die Aufrechterhaltung der Ordnung in China erinnern.

Revolution in Bolivien!

New York, 28. August. Nach einer Meldung der „Associated Press“ berichten Reisende, die aus Bolivien in Argentinien eingetroffen sind, daß in La Paz eine revolutionäre Bewegung ausgebrochen sei. Sie richtete sich gegen die Präsidentschaft Villanuevas. Ihre Träger seien Persönlichkeiten, die mit der politischen Richtung des neuen Kabinetts unzufrieden seien.

Amerika und der Weltrechtsgerichtshof.

New York, 28. August. Nach einer Meldung der „New York Times“ aus Washington erklärte das angesehene demokratische Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten Swanson, die demokratischen Senatemitglieder würden Vorschläge der Regierung zugunsten eines Beitritts Amerikas zum Weltrechtsgerichtshof unterstützen, falls Präsident Coolidge sich gegen die republikanischen Änderungsanträge ausspricht, die nach der Meinung der demokratischen Minderheit die Tätigkeit dieses Gerichtshofes lähmen würden.

Kriegsschuldenverhandlung Frankreich—Amerika im September.

Paris, 28. August. Nach einer Havasmeldung scheint es sich zu bestätigen, daß die französische Verhandlung für die Kriegsschuldenverhandlungen mit den Vereinigten Staaten, wahrscheinlich unter Calnaus' Führung, am 18. September absetzen wird.

Zur Einigung im Baugewerbe.

Wir haben gestern bereits mitgeteilt, daß eine Einigung im Baugewerbe zustande gekommen ist. Die amtliche Darstellung besagt:

Mit Rücksicht auf die außerordentliche Tragweite der Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe, durch die unmittelbar ein bis zwei Millionen Menschen durch Arbeitslosigkeit bedroht und größte wirtschaftliche Werte gefährdet waren, hat das Reichsarbeitsministerium die Parteien nachmalig zu Verhandlungen geladen. Am 28. August haben sich die Parteien nach 17tägiger Verhandlung selbst verständigt. Sie vereinbarten Löhne, die in einzelnen Bezirken zwischen 1 und 5 Pfennig für Facharbeiter und zwischen 2 und 4 Pfennig für Bauhilfsarbeiter über dem zweiten Schiedsspruch liegen. Diese Löhne gelten vom 31. August bis 30. November d. J. Im übrigen wurde der Schiedsspruch beiderseits anerkannt. Die Arbeit wird möglichst sofort wieder aufgenommen.

Die neuen Spitzenlöhne.

Wie weiterhin gemeldet wird, betragen die vereinbarten Spitzenlöhne der Stundenlöhne im Bezirk Berlin für Facharbeiter 1,25 RM., für Bauhilfsarbeiter 96 Pfg.; in Ober- und Mittelbaden für Facharbeiter 1,12 RM., für Bauhilfsarbeiter 90 Pfg.; in Unterbaden 1,15 RM. bzw. 92 Pfg. Im Freistaat Sachsen wurden für Facharbeiter 1,08 RM., für Bauhilfsarbeiter 88 Pfg. als Spitzenlöhne vereinbart, wozu eine Verteilung für Leipzig von 6 Pfg., für Dresden und Chemnitz von 5 Pfg. kommt. In der Provinz Sachsen werden in Magdeburg 1,05 RM. bzw. 90 Pfg. und in Halle 1,08 RM. bzw. 88 Pfg. gezahlt. Im Bezirk Mecklenburg wurden als Spitzenlohn 96 bzw. 84 Pfg. als angemessen erachtet. Für den Bezirk Kassel einigte man sich auf 1,05 RM. für Facharbeiter und 87 Pfg. für Bauhilfsarbeiter.

Vertagung der Lohnverhandlungen bei der Reichspost.

Berlin, 28. August. Die Lohnverhandlungen bei der Deutschen Reichspost sind mit Rücksicht auf die zur Zeit schwebenden Maßnahmen der Reichsregierung bis Anfang September vertagt worden.

Zwischenfälle an der türkischen Grenze.

London, 28. August. Nach einer Meldung aus Ankara, hätten dort am 25. August eine Abteilung von ungefähr 500 Banditen, aus der Gegend nördlich von Oskari kommend, die türkischen Grenzposten der Gegend von Schafat angriffen. Die türkischen Posten hätten Verstärkungen erhalten und die Angreifer zurückgeschlagen, die einige Verluste zu verzeichnen hatten. Die türkische Regierung habe die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf diesen Zwischenfall gelenkt.